Beschlussvorlage der Stadt Treuen

Vorlage Nr.: BV/2024/612

Fachbereich: Amt für Finanzwesen	Datum: 25.01.2024
Bearbeiter: Alexander Spitzner /	

Beratungsfolge	Termin	Behandlung	Beratungsergebnis
Stadtrat	07.02.2024	öffentlich	

Betreff

Gründung einer Bürgerstiftung

Sach- und Rechtslage:

Seit ca. 2 Jahren findet in Gesprächen zwischen der Bürgermeisterin, der Kämmerei und Hrn. Ronny Bley (wohnhaft in Pfaffengrün), Mitarbeiter der Sparkasse Vogtland, ein Gedankenaustausch zu den Möglichkeiten einer eigenen Stiftung statt. Bisher gestaltete sich die Durchführung in Eigenregie für unsere Stadt schwierig.

Da die Sparkasse Vogtland Kenntnis von den Problemen der Kommunen hatte, erbrachte diese nun eine Gesamtlösung für das Vogtland. Daraus ergibt sich nunmehr das Angebot zur Integration als Unterstiftung in deren Stiftergemeinschaft. Dazu fand eine umfassende Beratung zwischen der Bürgermeisterin, Herrn Spitzner, Herrn Lederer (Direktor Private Finance Center) und Herrn Bley statt.

Die Stiftergemeinschaft der Sparkasse Vogtland ist ein Zusammenschluss vieler (Unter-)Stiftungen mit unterschiedlichen Förderzwecken. Es können Namens-, Förder- und Bürgerstiftungen errichtet werden, die gemäß ihrer Stiftungssatzung gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen. Es handelt sich hierbei um sogenannte Treuhandstiftungen.

Die Stiftergemeinschaft als „Dachstiftung“ übernimmt für diese Treuhandstiftungen die komplette Administration und Verwaltung.

Für die Stadt Treuen besteht die Möglichkeit, eine solche Unterstiftung als „Bürgerstiftung Treuen“ zu gründen und könnte somit nachhaltig Mittel für gemeinnützige Zwecke dauerhaft akquirieren.

Das Gründungskapital beträgt mindestens 10.000 €. Die Sparkasse Vogtland würde eine Zustiftung in Höhe von 1 € je Einwohner, also 7.712 € (Einwohnerstand per 30.06.2023) leisten. Somit müsste die Stadt anfänglich die Differenz, also 2.288 € aufwenden, um eine Gründung beauftragen zu können. Dieser Eigenanteil soll aus Zustiftungen Dritter akquiriert werden.

Weiterhin bedarf es einer/s Errichtungsurkunde/Vertrages, hier gibt es einige individualisierbare Komponenten, siehe Beschlussantrag.

- Name und Adresse
- Kontonummer
- Stiftungskapital zum Start (mind. 10 T€)

- Sparkasse Vogtland stellt hierbei zusätzlich Dotationskapital von 7712 €
- **Stiftungsrat, siehe § 9, Abs. 2 und 3**
Wir bitten die einzelnen Fraktionen um Benennung je eines Vertreters in den Stiftungsrat!
(auch der mögliche Sparkassen Beisitzer)
- **§ 1, Abs. 2**
*das Verhältnis 80/20 bei Zustiftung/Spenden
die Summe Hürde von 500 € = ab dann Zustiftung – bis dann Spenden.*

Herr Bley von der Sparkasse Vogtland hat im Verwaltungsausschuss zu diesem Thema am 24.01.2024 ausführlich berichtet. Im Ausschuss wurde einvernehmlich empfohlen, den Gründungsbeschluss in der Stadtratssitzung am 07.02.24 einzubringen.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, eine Bürgerstiftung mit dem Namen

„ _____ “
nach o.g. Modell als Treuhandstiftung unter dem Dach der „Stiftergemeinschaft der Sparkasse Vogtland“ zu gründen und den entsprechenden Vertrag mit der DT Deutschen Stiftungstreuhand AG zu schließen.

Als ständige Mitglieder des Stiftungsrates sollen fungieren:

- der jeweils amtierende Bürgermeister der Stadt Treuen – stimmberechtigt
- ein Vertreter der Sparkasse Vogtland der von der Sparkasse Vogtland festgelegt wird – ohne Stimmrechte

Als weitere stimmberechtigte Mitglieder sollen mit Gründung berufen werden:

- Herr / Frau: _____

Die Mitglieder des Stiftungsrates werden gemäß Gründungsmustervertrag für die Dauer von vier Jahren bestellt. Widerruf und Neubestellung erfolgen durch den Stadtrat und sind zu jeder Zeit möglich.

Finanzielle Auswirkungen:

☐	ja
☒	nein
☐	Investition

Siehe Text

A. Jedzig
Bürgermeisterin

Unterschrift liegt im Original vor

Anlage:

Errichtungsurkunde/Verträge

Abstimmungsergebnis:

Gesetzl. Anzahl der Stadträte (einschl. Bgm. als Vors.): davon anwesend:;
Ja-Stimmen:; Nein-Stimmen:; Stimmenthaltungen:

Bemerkungen:

Aufgrund des § 20 Abs. 1 der Sächs. Gemeindeordnung waren Stadträte von der
Beratung und Abstimmung ausgeschlossen